



Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Inneres

Landesamt für Verfassungsschutz



Wahl zum 15. Deutschen Bundestag
am 22. September 2002

**Wahlkampf und Wahlergebnisse
extremistischer Parteien in Hamburg**

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Inneres

Landesamt für Verfassungsschutz

Johanniswall 4, 20095 Hamburg

Telefon: 040/244443

Telefax: 040/338360

Internet: www.verfassungsschutz.hamburg.de

E-Mail: poststelle@verfassungsschutz.hamburg.de

<u>Inhalt</u>	Seite
1. Wahlteilnahmen und Ergebnisse in der Zusammenfassung	
2. „Die Republikaner“ (REP)	4
2.1 Ausgangssituation und Wahlvorbereitung	4
2.2 Wahlziele und Wahlaussagen	7
2.3 Wahlkampf	11
2.4 REP-Wahlergebnis und Bewertung	13
3. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	15
3.1 Ausgangssituation und Wahlvorbereitung	15
3.2 Wahlziele und Wahlaussagen	18
3.3 Wahlkampf	20
3.4 NPD-Wahlergebnis und Bewertung	22
4. „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	24
4.1 Ausgangssituation und Wahlvorbereitung	24
4.2 Wahlziele und Wahlaussagen	24
4.3 Wahlkampf	25
4.4 DKP-Wahlergebnis und Bewertung	26
5. Anhang: Tabellen und Diagramme	I - III

Sie finden diesen Bericht und weitere Informationen des Landesamtes für Verfassungsschutz im **Internet** unter der Adresse:
<http://www.verfassungsschutz.hamburg.de>

1. Wahlteilnahmen und Ergebnisse in der Zusammenfassung

Zur Bundestagswahl am 22. September 2002 wurden vom Bundeswahlausschuss insgesamt 24 Parteien mit Landeslisten zugelassen. In Hamburg standen 10 Parteien, die Landeslisten aufgestellt hatten, auf dem Wahlzettel. Von den rechtsextremistischen Parteien nahmen „Die Republikaner“ (REP) und die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) an der Bundestagswahl teil sowie drei Einzelbewerber der Kleinpartei „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“. Die NPD kandidierte in allen 16 Bundesländern mit Landeslisten sowie – außer in Bayern – auch mit insgesamt 49 Kreiswahlvorschlägen (Direktkandidaten). Sie war damit nach eigener Darstellung die einzige nicht im Bundestag vertretene Partei, die flächendeckend zur Bundestagswahl antrat. Den REP gelang der Wahlantritt nur in 14 Bundesländern. In Sachsen-Anhalt und Brandenburg konnten sie nicht genügend Unterstützungsunterschriften vorlegen. In sieben Bundesländern traten sie zusätzlich mit insgesamt 21 Direktkandidaten an. Auf der Hamburger Landesliste der REP und NPD kandidierten jeweils vier Personen. Im Gegensatz zur NPD, die in vier der sechs Hamburger Wahlkreise¹ Direktkandidaten ins Rennen schickte, hatten die REP auf die Aufstellung von Kreiswahlvorschlägen verzichtet.

Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) hatte bereits frühzeitig angekündigt, nicht an der Bundestagswahl 2002 teilnehmen zu wollen. In seiner Rede auf dem Bundesparteitag am 12.01.2002 hatte der Bundesvorsitzende Dr. Gerhard FREY erklärt, dass die mangelhafte personelle Ausstattung der Partei einen Wahlantritt unmöglich mache. Ausschlaggebend für den Verzicht dürften jedoch zwei andere Gründe gewesen sein: Die gegenwärtig geringen Wahlchancen und das fehlende Geld. Nach der Hamburger Bürgerschaftswahl vom 23.09.2001, bei der die DVU schätzungsweise zwei Millionen D-Mark investiert hatte und mit 0,7% (1997: 4,98%) unter der für die Wahlkampfkostenerstattung nach dem Parteiengesetz maßgeblichen Grenze von 1,0% (bei Landtagswahlen) geblieben war, hat sich die finanzielle Situation der Partei weiter verschärft. Gegenwärtig verfügt die DVU über keine ausreichenden Mittel, einen erfolgsversprechenden Wahlkampf zu führen. Beflügelt von ihrem Wahlerfolg 1998 in Sachsen-Anhalt (12,9%) war die DVU vor vier Jahren zum ersten Mal seit ihrer Gründung 1987 bei einer Bundes-

¹ Im Rahmen der bereits 1999 beschlossenen Wahlkreisreform wurde die Anzahl der Hamburger Wahlkreise von sieben auf sechs reduziert. Die bisherigen Wahlkreise Hamburg-Bergedorf und Hamburg-Harburg wurden zum Wahlkreis 24 Hamburg-Bergedorf-Harburg zusammengelegt. Die übrigen Wahlkreise Hamburg-Mitte (19), Hamburg-Altona (20), Hamburg-Eimsbüttel (21), Hamburg-Nord (22) und Hamburg-Wandsbek (23) sind nur zum Teil mit den gleichnamigen Bezirken deckungsgleich. Insgesamt wurde die Anzahl der

tagswahl angetreten und hatte 1,2% (Hamburg: 2,1%) der Stimmen erreicht. In den letzten beiden Jahren hatte sie sich jedoch mit Ausnahme der Hamburger Bürgerschaftswahl an keinem Urnengang mehr beteiligt. Nach dem katastrophalen Abschneiden in Hamburg verzichtete die DVU sogar darauf, im April 2002 erneut in Sachsen-Anhalt zu kandidieren.

61.388.671 Bundesbürger waren am 22.09.2002 zur Wahl aufgerufen, **48.574.607** nahmen an der Wahl teil (**79,1%**). In **Hamburg** lag die **Zahl der Wahlberechtigten** bei **1.221.715**. Von ihrem Wahlrecht machten **973.083** Hamburger Bürger und Bürgerinnen Gebrauch. Die **Wahlbeteiligung** lag damit bei **79,6 %** - 0,5-Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Mit insgesamt nur 1 % der Zweitstimmen spielten extremistische Parteien beim Ausgang dieser Wahl keine Rolle.

Die **REP** kamen nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis auf **0,6 %** der Stimmen und büßten damit gegenüber der Bundestagswahl 1998 1,2 Prozentpunkte ein. In **Hamburg** kamen sie – wie schon bei der Bürgerschaftswahl 2001 – nicht über **0,1%** der Stimmen hinaus. Aufgrund der wenigen Direktkandidaturen erzielten die REP lediglich 0,1% der Erststimmen (1998: 2,3%). Die **NPD** konnte ihr Ergebnis von 1998 (0,3%) leicht verbessern und landete bei **0,4%**. Sie hatte 49 Direktkandidaten aufgestellt und erreichte damit insgesamt 0,2% der Erststimmen. In **Hamburg** schnitt die NPD mit **0,2%** schlechter als im Bundesdurchschnitt ab. Bei den Erststimmen erreichte sie jedoch 0,4%, obwohl sie nur in vier der sechs Wahlkreise mit Direktkandidaten angetreten war.

Von den linksextremistischen Parteien² trat die „*Kommunistische Partei Deutschlands*“ (**KPD**) mit einer Landesliste in Berlin an. Sie erhielt lediglich **687 Stimmen (0,0%)**. Die „*Deutsche Kommunistische Partei*“ (**DKP**) beschränkte sich auf Direktkandidaturen in insgesamt 15 Wahlkreisen. **3.923 Wähler und Wählerinnen** gaben der DKP ihre Erststimme (**0,0%**). In **Hamburg** stellten sich in den Wahlkreisen Hamburg-Nord, Hamburg-Mitte und Hamburg-Wandsbek DKP-Kandidaten zur Wahl. Sie erreichten zusammen **0,1%** der Erststimmen (**802 Stimmen**). Im Hamburger Wahlkreis Altona kandidierte eine Einzelbewerberin für die trotzkistische Vereinigung „*SAV - Sozialistische Alternative Voran*“ (**SAV**). Sie erreichte mit **571 Stimmen 0,1%** der Erststimmen.

Wahlkreise von 328 auf 299 verringert. Damit reduziert sich auch die reguläre Anzahl der Abgeordneten im neuen Bundestag von 656 auf 598.

² Die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) ist - mit Ausnahme der parteiinternen Gruppierung „Kommunistische Plattform in und bei der PDS“ - kein Beobachtungsobjekt des Hamburger Verfassungsschutzes.

2. „Die Republikaner“ (REP)

2.1 Ausgangssituation und Wahlvorbereitung

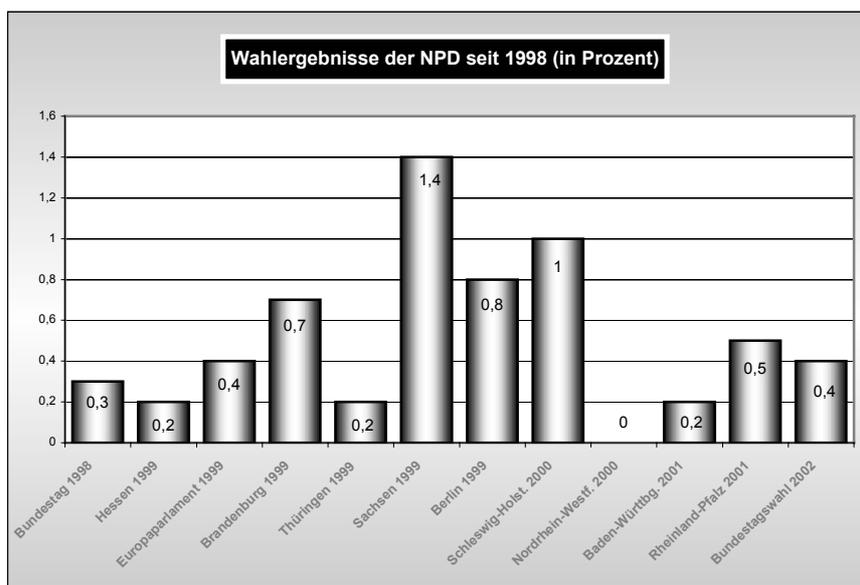


O bwohl die Hamburger REP bei der Bürgerschaftswahl vor genau einem Jahr eine herbe Wahlniederlage hatten hinnehmen müssen und lediglich 566 Wähler und Wählerinnen (0,1%; 1997 = 1,8%) für sich gewinnen konnten, setzte insbesondere der seit März 2001 amtierende Landesvorsitzende Thomas NISSEN alles daran, die Voraussetzungen für eine Wahlteilnahme der REP an der Bundestagswahl in Hamburg zu erfüllen und seine Parteifreunde für den Wahlkampf zu motivieren. Als besondere Herausforderung erwies sich dabei die Sammlung von insgesamt 1.214 Unterstützungsunterschriften (1 Promille der Wahlberechtigten), die bis zum 18.07.2002 abgegeben und amtlicherseits überprüft sein mussten. Für die Teilnahme an der Bürgerschaftswahl im letzten Jahr waren nur 500 Unterstützungsunterschriften erforderlich gewesen. Bereits diese Größenordnung hatte die Hamburger REP vor enorme Probleme gestellt. Bundesweit mussten die REP rund 63.000 Unterstützungsunterschriften sammeln, da die Partei seit ihrer Wahlniederlage am 24.03.2001 in Baden-Württemberg in keinem Landesparlament mehr vertreten ist.

Nach den Wahlniederlagen des letzten Jahres, dem Verlust der Landtagsmandate in Baden-Württemberg und dem Auslaufen der staatlichen Parteienfinanzierung war ein Erfolg bei der Bundestagswahl dringend erforderlich. Die Parteiführung sprach unumwunden von einer Schicksalswahl, die für den weiteren Fortbestand der Partei von entscheidender Bedeutung sei. Um wieder in den Genuss von Geldern aus der staatlichen Parteienfinanzierung zu kommen, mussten die REP die bei Bundestags- und Europaparlamentswahlen maßgebliche Marke von mindestens 0,5 % der Stimmen erreichen. Eine Teilnahme in Hamburg war somit auch für das Gesamtabschneiden wichtig. Dennoch gelang es den REP nicht überall, die nötige Anzahl an Unterstützungsunterschriften zu bekommen: In Sachsen-Anhalt und Brandenburg wurden die REP nicht zur Wahl zugelassen.

Anders als die NPD, die zahlreiche Infostände durchführte, um Unterstützungsunterschriften zu erhalten, verzichteten die Hamburger Republikaner auf öffentliche Auftritte wie Infotische oder Flugblattverteilungen. Die Sammlung der Unterstützungsunterschriften kam daher auch nur sehr schleppend voran. Im Juni lag dem zuständigen Statistischen Landesamt erst rund die Hälfte der benötigten Exemplare vor. Am Ende schafften

es die Hamburger REP mit Hilfe anderer Landesverbände doch noch, die benötigten Unterschriften zusammen zu bekommen. Allerdings versuchten einzelne der offensichtlich unter erheblichen Druck stehenden REP-Helfer mittels Manipulationen und gezielten Fälschungen ihr Ziel schneller zu erreichen. Bei der Überprüfung der Formblätter wurde festgestellt, dass sich darunter Daten von ca. 80 Personen befanden, die zwischen 1991 und 1999 verstorben waren. Des Weiteren ergaben sich Verdachtsmomente, dass auch Unterschriften existierender Personen gefälscht worden waren. Beim Abgleich angeblich geleisteter Unterschriften mit Originalunterschriften in Personalausweis- und Passanträgen wurden ca. 80 weitere Fälschungen aufgedeckt. Insgesamt erkannte das für die Prüfung zuständige Statistische Landesamt mehrere hundert Unterstützungsunterschriften wegen offensichtlicher Fälschung oder aus anderen Gründen nicht an.



Trotz dieser erheblichen Unregelmäßigkeiten entschied der Landeswahlausschuss am 26.07.2002, die Landesliste der REP in Hamburg zur Bundestagswahl zuzulassen, nachdem insgesamt 1.266 gültige Unterstützungsunterschriften vorgelegt worden

waren. Auf die Aufstellung von Direktkandidaten in den Wahlkreisen hatte der Landesverband von vornherein verzichtet - offensichtlich nicht nur wegen Fehlens jeglicher Erfolgschancen, sondern wohl auch aus akutem Personalmangel.

2.2 Wahlziele und Wahlaussagen

Im Gegensatz zum moderat formulierten neuen Parteiprogramm, das erst im Mai 2002 verabschiedet worden war, schlugen die REP im Wahlkampf einen sehr viel aggressiveren Ton an, der ihre antidemokratischen und fremdenfeindlichen Positionen stärker zum Vorschein brachte. Als „Hauptgegner“ benannte der Vorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER den „Weichspüler-Kandidaten und Maulaffen STOIBER“.

Der Wahlverzicht der DVU hatte die REP anfangs noch zuversichtlich gestimmt, bei der Bundestagswahl den größten Anteil der rechtsorientierten Wähler auf sich vereinigen zu können. Dass man neben dem bisherigen Nichtwählerpotential gezielt ehemalige DVU-Wähler ansprechen wollte, zeigte sich z.B. in der Verwendung der typischen DVU-Formel „*Diesmal Protest wählen*“ und in der Namensgebung der eigens zur Bundestagswahl eingerichteten Internetseite „*zeitfuerprotest.de*“. Deutlich gedämpft wurde der anfängliche Optimismus durch die unerwartete Entscheidung der „*Partei Rechtsstaatlicher Offensive*“ (SCHILL), doch zur Bundestagswahl anzutreten. Die REP sahen gegenüber der insbesondere in Hamburg als übermächtige Konkurrenz empfundenen SCHILL-Partei ihre Wahlchancen schwinden. Umso schärfer richteten sich die Angriffe der Hamburger REP zunächst auch vornehmlich gegen SCHILL und gegen die Kräfte, die angeblich gezielt gegen die REP vorgingen, um sie politisch zu eliminieren. Nicht ohne Grund fürchteten die „*Mächtigen*“ die REP als einzige echte Gegenströmung, die die wirklichen Wünsche der Bevölkerung aufnehme und vertrete. Und nur deshalb werde seit nunmehr gut einem Jahrzehnt kein noch so perfides Mittel gescheut, die REP zu verunglimpfen, zu stigmatisieren und auszugrenzen. Am Ende werde dieses Kalkül aber nicht aufgehen. Der Volkswille nach Erhalt nationaler Identität und Kultur werde sich durchsetzen. Den „*Herren im Bundestag*“ warfen die REP „*abgrundtiefe Unanständigkeit dem eigenen Volk gegenüber*“ vor.



REP-Vorsitzender
Dr. Rolf SCHLIERER

In der politischen Auseinandersetzung wollte man vor allem das Thema „*Zuwanderung*“ in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen, um damit insbesondere auf die programmatischen Unterschiede zur SCHILL-Partei aufmerksam zu machen, die für Zuwanderung und Multikultur sei. Den Wählern wollte man verdeutlichen, in welchem Maße SCHILL seine Wahlversprechen gebrochen habe. Von seinen „*großmäuligen Wahlversprechen*“ sei fast nichts übrig geblieben.

In einem von der Bundespartei bereits Anfang 2002 veröffentlichten und u.a. auch in Hamburg verbreiteten Wurfzettel „*Jetzt reicht´s! Nie wieder Nationalsozialismus aber*

auch nie wieder Stasi-Sozialismus in Deutschland“ wurde zunächst die angebliche Opferrolle der REP weiter ausgeschmückt und Front gemacht gegen die angeblich antideutsch eingestellten Bundestagsparteien. Diese betrieben bewusst eine „Politik gegen die Interessen des deutschen Volkes“. In einer weiteren im Internet veröffentlichten Erklärung vom März 2002 wurden die „Altparteien“ wiederum im Zusammenhang mit dem Thema Zuwanderung in aggressiver Form kritisiert und als Betrüger am eigenen Volk verunglimpft: SPD und CDU wollten weismachen, man würde jedes Jahr eine halbe Million Einwanderer benötigen. Mit dieser „Volksverdummung“ müsse endlich Schluss gemacht werden. Die „Parteien der schwarzen Kassen“ hätten das Vertrauen des deutschen Volkes fortgesetzt missbraucht. Die REP forderten daher: „Geben Sie CDU und SPD im Wahljahr 2002 die verdiente Quittung für ihren fortgesetzten Betrug am deutschen Volk.“



In ihrer Wahlzeitung verunglimpften die REP die etablierten Parteien pauschal als „Korruptionsparteien“. Diese müssten abgewählt werden, damit Deutschland keine „Banannenrepublik“ werde. Der zunehmende Ärger der „wirklich anständigen und rechtstreuen Bürger“ über „kleinkarierte und raffgierige“ Politiker sei verständlich. Nach Ansicht SCHLIERERS hätten „Rekordarbeitslosigkeit, explodierende Kriminalität, Massenzuwanderung und Rekord-Staatsverschuldung“ deutlich gezeigt, dass die Altparteien abgewirtschaftet hätten. Jede Wahl müsse daher zum Denkmahl für die Altparteien werden. In pathetischem Ton wurden die Wählerinnen und Wähler auf ihre angeblich besondere Verantwortung hingewiesen: „Auch in Ihrer Hand liegt das Schicksal Deutschlands“. Während die etablierten Parteien als ein gegen das eigene Volk gerichtetes Machtkartell verunglimpft werden, stellten sich die REP als alleinige, mit dem angeblichen kollektiven Volkswillen vollständig übereinstimmende und sich völlig mit ihm identifizierende politi-

sche Kraft dar: *„Zeigen wir diesmal, dass wir Deutschen uns nicht alles gefallen lassen ... Folgen Sie dem Trend. Machen Sie sich mit uns für die Interessen des deutschen Volkes stark. Gegen die Lobbyisten und Globalisten.“*

Neben ihrem zentralen Thema Zuwanderung, in dessen Mittelpunkt nicht mehr nur die Forderung nach einem Ausländerstopp stand, sondern zusätzlich die *„Rückführung“* von Ausländern, damit Deutschland kein *„Multi-Konflikt-Land“* werde, konzentrierten sich die REP im Wahlkampf vornehmlich auf drei weitere Themenkomplexe. Zum einen wurde gefordert, den Euro wieder abzuschaffen (*„Der Teuro muss weg!“*). Dieser sei aber nur die *„Spitze des Wahnsinns“* einer völlig verfehlten Europapolitik. Vorrangiges außenpolitisches Wahlkampfthema war die generelle Ablehnung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr. Besonders attackiert wurden hierbei die *„Grünen“*: *„Seit der „Reichskriegsminister“ Joschka Fischer mit dem Segen der Grünen-Basis Deutschland im Kosovo in den ersten Angriffskrieg seit Ende des zweiten Weltkriegs geführt“* habe, wisse man, wie viel Wert die pazifistischen Parolen der *„Grünen“* hätten. Den dritten Schwerpunkt bildete die Agitation gegen die *„schwarz-rot-grüne Bildungskatastrophe“*, die wiederum mit einer fremdenfeindlichen Stoßrichtung versehen wurde (*„Bildung fördern Zuwanderung stoppen“*). Auch die Hamburger REP nahmen zu den genannten Themen Stellung und brachten darin ihre Fundamentalkritik an den gegenwärtigen politischen Verhältnissen zum Ausdruck. In einem Schreiben an Parteifreunde vom Januar 2002 erklärte der Landesvorsitzende NISSEN beispielsweise, mit dem Verlust der D-Mark schreite die *„Demontage der deutschen Unabhängigkeit im Höllentempo“* voran. Viele hätten daraufhin resigniert und sich zurückgezogen, was falsch sei. Resignation sei angesichts der *„ungeheuerlichen Ohrfeigen gegen deutsche Interessen“* unangebracht. Die Regierenden hätten sich summiert derartige *„Unverschämtheiten“* gegenüber ihrem Volk erlaubt, so dass das Pendel zwangsläufig zurückschlagen werde. Zum Thema Bundeswehr wurde angemerkt, dass das *„hündische Folgen“* der Deutschen in einen dritten Weltkrieg von den Hamburger REP abgelehnt werde. Die Regierung missachte bekanntermaßen das Völkerrecht, das Grundgesetz und das Strafrecht, wenn es gelte, den amerikanischen Freunden uneingeschränkte Solidarität zu beweisen. Der *„Schicksalskampf der Partei“*, so NISSEN im *„Hamburger Wahlauf Ruf 2002“*, sei auch der *„Kampf des deutschen Volkes“*.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik und den aufgedeckten Unregelmäßigkeiten bei der Zahl der vermittelten Stellen in der Bundesanstalt für Arbeit

sprachen die REP von einer „skandalösen Täuschung der deutschen Öffentlichkeit“ und einem „Abgrund krimineller Handlungen“. Die Regierungsstellen hätten, so die Mutmaßung, offensichtlich auch kein Interesse an der Aufdeckung des „Lügen- und Betrugs-sumpfes“, da sich die „politisch motivierte Lüge“, dass Deutschland mehr Einwanderer brauche, besser verkaufen lasse, wenn die tatsächliche Höhe der Massenarbeitslosigkeit unterdrückt werde. Da die „Betrüger“ genau um ihre „Schandtaten“ wüssten, hätten sie auch keine Skrupel mehr, diesen ständig weitere hinzuzufügen, die ihrem vermeintlichen Machterhalt dienen sollen. Der „Aufstand der Anständigen“ entlarve sich immer mehr als „Klüngel der Unanständigen“. REP stehe dagegen für „Richtig Ehrliche Politiker“.

Politischen Rückenwind erhofften sich die REP von den Erfolgen rechtspopulistischer Parteien im europäischen Ausland. In Deutschlands Nachbarländern Dänemark und den Niederlanden hätte der Protest gegen die Globalisierung mit ihren Auswirkungen zu einem erheblichen Erstarren der nationalpatriotischen Kräfte geführt, die für den Erhalt nationaler Identität und für das eigene Volk einträten. Um eine Wende in der Ausländerpolitik zu erzwingen, brauche Deutschland eine starke Kraft auf der Rechten, die ebenso Druck mache wie die „Volkspartei“ in Dänemark oder die „Freiheitlichen“ in Österreich. Auch die Hamburger REP betonten, dass in den Nachbarstaaten Dänemark, Niederlande, Frankreich, Schweiz, Italien und Österreich die „Kräfte zur Wahrung nationaler Identität gegen einen kulturvernichtenden Globalismus“ auf dem Vormarsch seien. Diese Entwicklung werde auch in Deutschland nicht aufzuhalten sein - auch nicht mit „Marionetten“ wie SCHILL. Die REP seien „wieder voll im Trend“.

3.3 Wahlkampf

In seinem Rundschreiben vom 06.08.2002 stellte SCHLIERER das Wahlkampfmaterial der REP vor. Zur Illustration des zentralen Wahlkampfthemas Zuwanderung standen zwei Plakatt motive zur Verfügung: „Bildung fördern Zuwanderung stoppen“ sowie das mittlerweile über zehn Jahre alte Motiv „Das Boot ist voll“. Als einzige Partei würden die REP deutlich machen, so SCHLIERER, dass es „zwischen der Bildungsmisere und der Massenzuwanderung einen Zu-



sammenhang“ gäbe. Statt eines Einwanderungsgesetzes forderten die REP „Rückführungsprogramme“, nachdem die Integration in weiten Bereichen gescheitert sei. Auf einem weiteren Plakatmotiv wurde die Abschaffung des Euro gefordert: „Der Teuro muß weg!“. Zur Massenverteilung wurde außerdem eine vierseitige Wahlkampf-Ausgabe der Parteizeitung „Der Republikaner“ aufgelegt. Mit der eigens eingerichteten Webseite „zeitfuerprotest.de“ versuchten die REP das Internet offensiv für Wahlkampf zu nutzen.



So wurde den Besuchern dieser Seite u.a. angeboten, per Mausclick Protestkarten oder Karten mit den republikanischen Wahlkampflogos zu verschicken. Auch der Fernsehspot der REP wurde dort eingestellt. In diesem wurden die Wähler wiederum mit dem nebenstehenden Motiv auf die Postkartenaktion aufmerksam gemacht: „Die neue Mitte? Nicht mit uns! Verschicken Sie die Arschkarte an alle Politikversager!“ Bei den wenigen Saalveranstaltungen und Kundgebungen der REP trat vornehmlich SCHLIERER als Redner auf. Die Veranstaltungen fanden in der Öffentlichkeit kaum Resonanz.

In Hamburg fanden keine größeren Wahlkampfeinsätze statt. Während des gesamten Wahlkampfes traten die Hamburger REP-Anhänger nur gelegentlich als Flugblattverteiler in Erscheinung. Kaum jemand war bereit, Infotische durchzuführen. Dabei fehlte es nicht nur am Einsatzwillen, sondern offensichtlich auch an qualifizierten Mitarbeitern, die in der Lage sind, die Positionen der REP zu vermitteln. Fleißig waren die „Republikaner“ hingegen bei der Aufstellung von Plakaten, von denen nach eigenen Angaben mindestens 2.000 insbesondere die Hamburger Ausfallstraßen säumten.

Einen besonderen Clou ließen sich die Hamburger REP zum Ende des Wahlkampfes einfallen – offensichtlich mit massiver finanzieller Unterstützung der Bundespartei: Sie mieteten die große Videowand im Hamburger Hauptbahnhof, die fünffarbig alle 30 Sekunden den Wahlslogan „Bildung fördern – Zuwanderung stoppen. Ihre Zweitstimme DIE REPUBLIKANER“ senden sollte. Die Videowand ging am 09.09.2002 gegen 05:00 Uhr in Betrieb. Die Werbung hätte jedoch, so die REP, nach „massivstem Druck“ der Deutschen Bahn AG gegenüber dem Betreiber der Videowand am 11.09.2002 gegen 12:00 Uhr abgeschaltet werden müssen. Angesichts dieser „Wahlbenachteiligung“, der Weigerung der meisten Verlage, Anzeigen der REP zu schalten, und der regionalen Presse, die

Wahlziele der Partei zu veröffentlichen, sowie der massenhaften, von der Polizei angeblich strafrechtlich nicht verfolgten Zerstörung von „über 2.000 REP-Wahlplakaten“, gab der Hamburger Landesverband in einer Pressemitteilung vom 12.09.2002 bekannt, dass der Wahlkampf ab sofort eingestellt werde.

2.4 Wahlergebnisse

REP	Direktkandidaturen		Landesliste	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
HH-Mitte	n. k.	n. k.	282	0,2 %
HH-Altona	n. k.	n. k.	116	0,1 %
HH-Eimsbüttel	n. k.	n. k.	122	0,1 %
HH-Nord	n. k.	n. k.	173	0,1 %
HH-Wandsbek	n. k.	n. k.	235	0,1 %
HH-Bergedorf-Harburg	n. k.	n. k.	273	0,2 %
Gesamt	n.k.	n. k.	1.201	0,1 %

n.k. = nicht kandidiert

Die REP haben mit bundesweit 0,6% ihr minimales Wahlziel erreicht und werden zukünftig wieder in den Genuss von Geldern aus der staatlichen Parteienfinanzierung kommen. Auch wenn die Erwartungen nicht allzu hoch gewesen waren, so dürfte dieses Ergebnis dennoch Enttäuschung und Frustration auslösen. Der Verlust von zwei Dritteln ihrer bisherigen Wähler gegenüber ihrem Ergebnis von 1998 (1,8%) – 1990 und 1994 lagen sie mit 2,1% bzw. 1,9% ebenfalls bei dieser Größenordnung - verdeutlicht den ungebremsten Fall in die Bedeutungslosigkeit. In ihrer bisherigen Hochburg Baden-Württemberg verloren die REP sogar fast drei Viertel ihrer Wähler und fielen auf 1,1% zurück (-2,9%). Dies war gleichzeitig ihr bestes Landesergebnis. Die innerparteiliche Krise und der Niedergang der Partei lassen sich auch daran ablesen, dass sie gegenüber 1998 nicht mehr flächendeckend mit Wahlkreisvorschlägen antreten konnte und nur noch 21 Direktkandidaten ins Rennen schickte. Der Partei wird dieser Minimalerfolg daher nur eine kurze Atempause im Existenzkampf verschaffen und die internen Streitigkeiten über den richtigen Kurs schnell wieder anheizen. Auch mit einem weiteren deutlichen Mitgliederverlust ist zu rechnen. Der Einbruch der REP ist durch den Wahlantritt der SCHILL-Partei nicht ausreichend zu erklären, zumal diese mit 0,8% kaum mehr Stimmen als die REP

erhielt. Ebenso wenig konnten die REP vom Wahlverzicht der DVU profitieren. Der seit zwei Jahren deutlich spürbare, von der öffentlichen Diskussion über die Gefahren des Rechtsextremismus sicherlich mit beeinflusste und im Übrigen von der eigenen Politikunfähigkeit maßgeblich mitverursachte Niedergang der rechtsextremistischen Wahlparteien trifft die REP aber nicht alleine. Während die DVU gar nicht erst antrat, musste auch die NPD erkennen, dass sie aus ihrem gestiegenen Bekanntheitsgrad kein Kapital schlagen konnte. Sie blieb mit 0,4 % hinter den REP zurück.

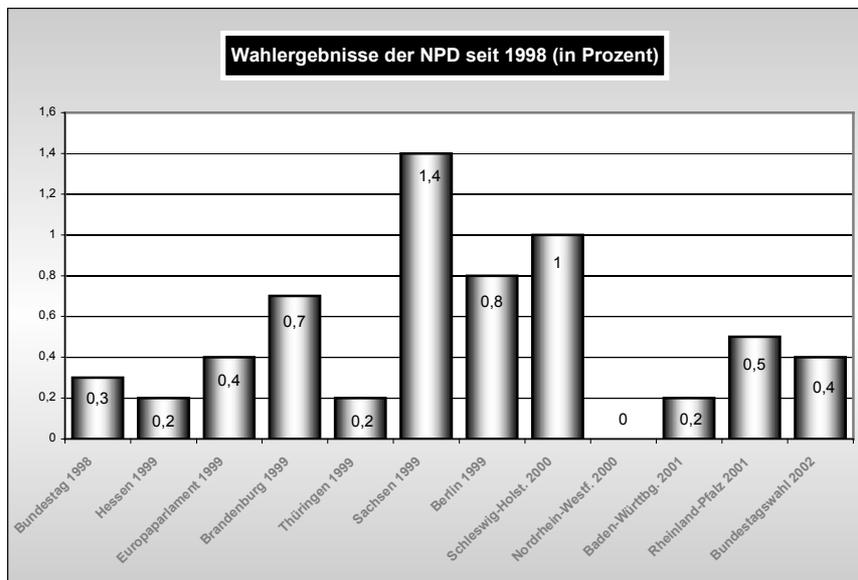
In Hamburg haben die REP seit dem Auftreten der SCHILL-Partei ihren absoluten Tiefpunkt bereits erreicht. Sie erhielten – wie schon bei der Bürgerschaftswahl 2001 - nur 0,1% (1.201 Stimmen). Bereits bei der letzten Bundestagswahl hatten die Hamburger REP mit ihrem Ergebnis von 0,6% (5.562 Stimmen) deutlich unter dem Bundesdurchschnitt gelegen. Ob der Landesvorsitzende NISSEN angesichts dieses Wahldebakels überhaupt noch eine Perspektive für die weitere Parteiarbeit sieht, bleibt trotz seines vor der Wahl verbreiteten Zweckoptimismus abzuwarten.

3. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

3.1 Ausgangssituation und Wahlvorbereitung



Der Bundesvorstand der NPD hatte sich bereits im Frühjahr 2001 auf die Teilnahme an der Bundestagswahl festgelegt und Mitte März 2002 mitgeteilt, dass die Partei bereits in allen 16 Bundesländern Listen für die Bundestagswahl aufgestellt hätte und somit flächendeckend antreten würde. Nachdem das Bundesverfassungsgericht am 07.05.2002 beschlossen hatte, das Verbotsverfahren gegen die NPD erst im Oktober nach der Bundestagswahl wieder aufzunehmen, konnte sich die Partei davon unbelastet auf die Wahlteilnahme vorbereiten.

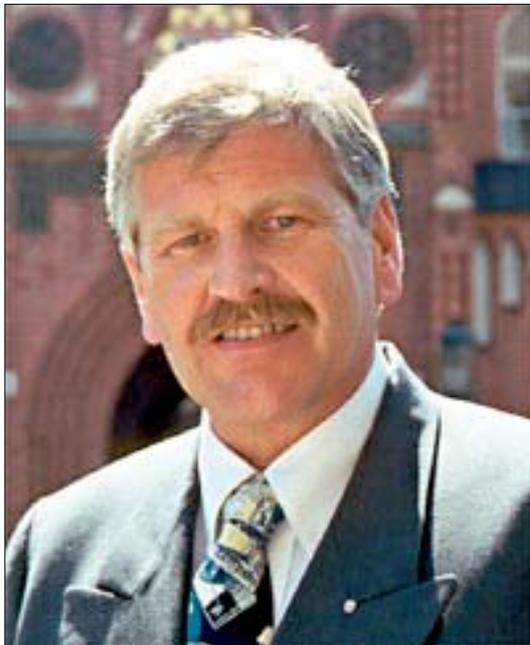


Die Hamburger NPD hatte im letzten Jahr nicht an der Bürger-schaftswahl, sondern nur an den Bezirks-versammlungswahlen teilgenommen, um sich ganz auf die diesjährige Bundes-tagswahl konzentrieren zu können. Alle Kraftanstrengungen

sollten darauf gerichtet werden, die Voraussetzungen für die Wahlteilnahme in Hamburg zu erfüllen. Entsprechend früh, d.h. über ein Jahr vor der Wahl, wurden daher auch die Bemühungen gestartet, die rund 1.200 Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Im Frühjahr begannen die Hamburger NPD-Anhänger mit Infotischen in verschiedenen Stadtteilen, um interessierte Bürger direkt auf eine Unterstützung der NPD anzusprechen. Am 25.06.2002 gab der Hamburger Landesverband in einer Meldung im Internet bekannt, dass man in den letzten acht Wochen 25 Infostände im gesamten Stadtgebiet durchgeführt hätte. Die meisten Infotische und Flugblattverteiler der NPD blieben jedoch weitgehend unbeachtet. Vereinzelt kam es zu Störungen durch politische Gegner. Am 03.06.2002 überfielen vier Autonome einen Infostand in Barmbek und schlugen einen der Standbetreuer so zusammen, dass er ärztlich behandelt werden musste. Drei Täter

konnten festgenommen werden; zwei davon gehörten zu einer Gruppe militanter Linksextremisten, die bereits am 01.07.2000 NPD-Helfer in Altona angegriffen hatten.

Trotz des sehr frühen Beginns und des Engagements der Infotischbetreiber war im April noch nicht einmal die Hälfte der Unterstützungsunterschriften erreicht; Ende Mai waren es nur etwas mehr als die Hälfte. Erst durch die aktive Mithilfe anderer Landesverbände gelang es der Hamburger NPD, rechtzeitig bis zum 18.07.2002 die erforderliche Anzahl vorzulegen. Neben der Landesliste trat die Hamburger NPD in den Wahlkreisen Hamburg-Mitte, Hamburg-Altona, Hamburg-Wandsbek und Hamburg-Bergedorf-Harburg zusätzlich mit Direktkandidaten an.



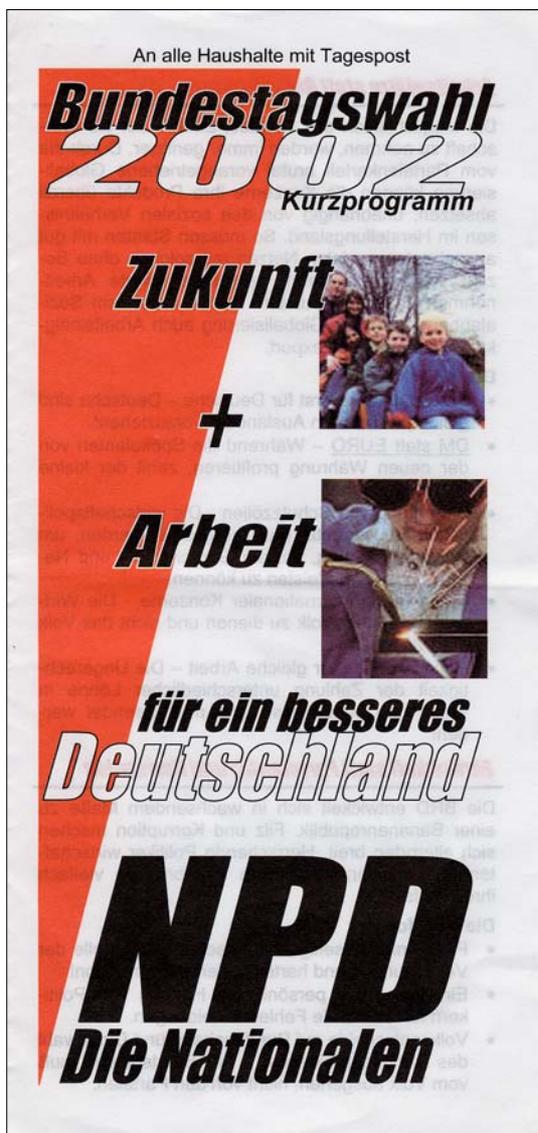
NPD-Vorsitzender Udo VOIGT

Der Bundesvorstand hatte größten Wert darauf gelegt, dass „keine einzige Landesliste der NPD ausfällt“, denn angesichts des durch das Verbotsverfahren erheblich gesteigerten Bekanntheitsgrades und des Wahlverzichts der DVU rechnete sich die NPD sehr gute Wahlchancen aus. Auch die allgemeine politische Situation wurde als für die NPD günstig eingeschätzt. Mit dazu beigetragen hätte u.a. die durch den FDP-Vize Jürgen MÖLLEMANN entfachte Diskussion über die Politik Israels und das Verhalten des Zentralrats der Juden in Deutschland. Wie die meisten Wahlbeobachter hatte jedoch auch die NPD

nicht mit der Wahlteilnahme der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ (SCHILL) gerechnet. Ähnlich wie die REP argumentierte die NPD, dass unzufriedene Wähler ihr Kreuz bei der Partei des ehemaligen Hamburger Richters machen sollten, damit sie „politisch nichts anrichten können.“ Die von der NPD angestrebte „grundlegende Systemveränderung“, so der Parteivorsitzende Udo VOIGT, könne von den „Systempolitikern“ aber auf Dauer nicht verhindert werden.

In arge finanzielle Bedrängnis geriet die NPD durch die Entscheidung des Bundestagspräsidenten Wolfgang THIERSE, die zum 01.05.2002 fällige Abschlagszahlung aus der staatlichen Parteienfinanzierung in Höhe von rund 112.000 Euro zu stoppen. In seiner

Begründung gab THIERSE an, es gebe Anhaltspunkte dafür, dass die Partei durch ein Parteiverbot aus der Parteienfinanzierung ausscheide und dann das Geld zurückzahlen müsse. Deshalb werde das Geld nur gegen eine entsprechende Sicherheitsleistung ausbezahlt. Die NPD kritisierte den Zahlungsstopp als Versuch, die Partei auf kaltem Wege zu liquidieren, und rief daraufhin das Bundesverfassungsgericht an, um die unverzügliche Auszahlung der Gelder zu erwirken. Mit diesem Antrag scheiterte die NPD jedoch. In ihrer Entscheidung vom 11.06.2002 erklärten die Richter des Zweiten Senats den Antrag der NPD für unzulässig und verwiesen die Partei auf den Verwaltungsrechtsweg.



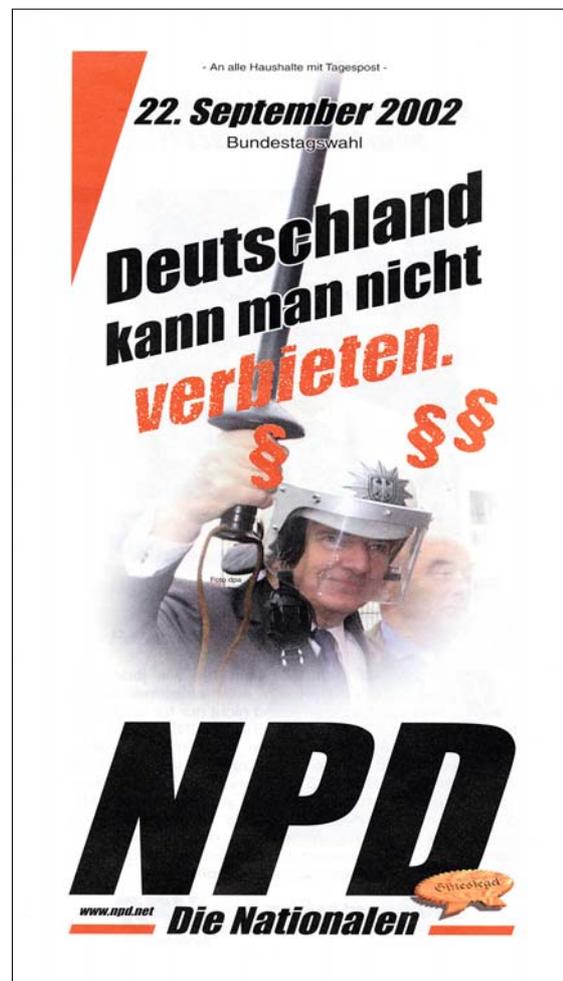
Um den Wahlkampf dennoch finanzieren zu können, rief der Parteivorsitzende Udo VOIGT die NPD-Anhänger zu einer Sonderspende bzw. zur Gewährung eines befristeten Darlehens auf. Bereits Mitte Juni meldete die Parteiführung, dass die Spendenaktion überraschend gute Ergebnisse gebracht hätte. Dies hätte gezeigt, dass die Solidarität gerade in Zeiten der Gefahr am größten sei. THIERSEs Aktion hätte zwar zu finanziellen Engpässen geführt, aber die Mitglieder der Partei eher zusammengeschweißt und angespornt. Dennoch wurde als Konsequenz aus der prekären Finanzsituation den Angestellten der Parteizentrale zum 31. Juli fristgemäß gekündigt. Gleichzeitig kündigte VOIGT an, die NPD werde wegen fehlender Chancengleichheit Beschwerde beim Bundestagswahlleiter einlegen und die Bundestagswahl anfechten. Im „Rundschreiben 7 - 2002“ vom 21.08.2002 gab VOIGT überraschend bekannt, dass nach einem außergerichtlichen Vergleich mit der Bundestagsverwaltung zwischenzeitlich

die Mai- und auch die August-Rate ausbezahlt worden seien. Durch den zeitweiligen Ausfall der Mittel sei es jedoch zu Beeinträchtigungen bei der Wahlkampfplanung und Verzögerungen bei der Umsetzung gekommen.

3.2 Wahlziele und Wahlaussagen

Wie die REP hatte sich auch die NPD das Minimalziel gesetzt, bei der Bundestagswahl einen Stimmenanteil von mindestens 0,5% zu erreichen. Nach dem Parteiengesetz ist dies die Grenze, ab der Parteien, die an Bundestags- oder Europaparlamentswahlen teilnehmen, in den Genuss von Geldern aus der staatlichen Parteienfinanzierung kommen. Angesichts der genannten Rahmenbedingungen zeigte sich die Parteiführung optimistisch, dieses Ziel erreichen zu können. 1998 hatte die NPD gegen die Konkurrenz von DVU (1,2%) und REP (1,8%) 0,3% der Wählerstimmen erhalten. Weiterhin strebte die NPD die Führerschaft im „nationalen Lager“ an und wollte daher auch aus der Wahl als stärkste „nationale Kraft“ hervorgehen und die REP hinter sich lassen.

Im Mittelpunkt des 50-seitigen Wahlprogramms der NPD, das am 15./16.06.2002 vom Parteivorstand verabschiedet und danach im Internet veröffentlicht wurde, stand der Gemeinschaftsgedanke. Nach den Vorstellungen der NPD müsse dem „gemeinschaftszerstörenden Liberalismus“ die „Idee der Volksgemeinschaft“ gegenübergestellt werden. In einer funktionierenden Volksgemeinschaft, die „soziale Erziehung“ und „soziale Kontrolle“ beinhalte, müssten Einzelinteressen zugunsten des Erhaltes der Gemeinschaft zurücktreten, wenn sie mit Gemeinschaftsinteressen kollidierten. Die Ursachen der „gegenwärtigen Krise“ leitete die NPD aus der angeblich „anti-gemeinschaftlichen Haltung“ der etablierten Parteien her. Um ihre kollektivistischen Thesen einem größeren Publikum bekannt zu machen, wurde eine Kurzfassung in Flugblattform erstellt, in der die wichtigsten Punkte schlagwortartig wiedergegeben wurden:



„Volksgemeinschaft statt Multi-Kulti-Wahn!“, „Arbeitsplätze statt Globalisierung!“, „Familienförderung statt Konzernsubvention!“, „Frieden für Deutschland statt US-Kriege!“ und „Ehrlichkeit statt Parteifilz und Korruption!“. Die „planmäßige“ Zerstörung der „Volksgemeinschaft in der BRD“ habe dazu geführt, dass an deren Stelle eine zuneh-

mend multikulturellere Ansammlung von Individuen getreten sei, die egoistische Ziele verfolgten. Ihren antiindividualistischen Ansatz verknüpfte die NPD mit fremdenfeindlicher Agitation und pauschaler Verunglimpfung ausländischer Mitbürger, wie sie insbesondere in der Gleichsetzung einer „*multikulturellen*“ mit einer „*multikriminellen Gesellschaft*“ zum Ausdruck kommt. Notwendig wäre, so die NPD, u.a. ein Einwanderungsstopp und ein Gesetz zur „*Ausländerrückführung*“: „*Deutschland ist das Land der Deutschen!*“. Daneben forderte die NPD die Ausgliederung von Ausländern aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem sowie ein Grunderwerbsverbot für Ausländer.

Beklagt wurde auch, dass die Möglichkeiten des Staates, Einfluss auf die Wirtschaft zu nehmen, immer geringer würden. Die vom „*Parteikartell brutal vorangetriebene Globalisierung*“ fördere Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzexport. Arbeitsplätze zuerst für Deutsche, lautete daher die Forderung der NPD. Neben der Wiedereinführung der D-Mark sollten zum Schutz der deutschen Wirtschaft Schutzzölle eingeführt und internationale Konzerne entflochten werden. Ferner behauptete die NPD, dass das deutsche Volk dabei sei auszusterben. Während für die Förderung der Familien kein Geld da sei, explodierten die Konzerngewinne. Reiche zahlten beinahe gar keine Steuern mehr, während bei Arbeitern und Angestellten die Steuerschraube immer fester angezogen werde. Gefordert wurde daher eine gerechtere Steuerpolitik und 1.000 D-Mark Kindergeld für „*jedes deutsche Kind*“. Das Bildungsniveau müsse durch die Bildung von Klassen „*mit sprachlich zurückgebliebenen Ausländerkindern*“ verbessert werden, damit deutsche Kinder nicht in ihrem Lernfortschritt behindert würden. Hinsichtlich der außenpolitischen Position Deutschlands forderte die NPD, dass Deutschland endlich ein freies Land werden müsse. Europa dürfe nicht länger eine „*US-Kolonie*“ bleiben. Die USA führten weltweit Angriffskriege zur Durchsetzung der Interessen der US-Wirtschaft und würden dabei vom „*Schröder-Regime*“ unterstützt.

Die Entschlossenheit der NPD, ohne jegliche taktische Zurückhaltung um Wählerstimmen zu werben, dokumentierte auch ein Präsidiumsbeschluss vom 15.07.2002 zur „*V-Mann-Hysterie*“, in dem die Partei in aggressiv-kämpferischer Weise den demokratischen Verfassungsstaat und dessen Repräsentanten angriff. Der Partei sei bewusst, dass „*die Feinde Deutschlands alle deutschbewussten Organisationen und Parteien mit Spitzeln, Spaltern und Provokateuren angreifen, um sie innerlich zu zersetzen.*“ Das seien die Bedingungen, unter denen die NPD den „*Befreiungskampf*“ für das deutsche Volk zu führen

habe. Die Waffe im Befreiungskampf gegen das *„Kartell der Vaterlandsverräter“* sei die *„Wahrheit“*. Das Ziel sei die *„Wiederherstellung des Deutschen Reiches als Schutz- und Trutzbündnis des deutschen Volkes“*. Im Zentrum des Wahlkampfes stehe die Aufklärung darüber, dass die *„Ausplünderung der Sparer durch die billionenschwere Staatsschuld vollbracht, die Schröpfung des Volksvermögens durch den Raub-Dollar und erpresste „Wiedergutmachungsleistungen“ auf dem Höhepunkt angekommen ist, dass Deutschland wieder uns Deutschen gehören muss.“* *„Die „westlichen Demokratien“, so die Parteispitze weiter, seien „in die Hände von Gangsterbanden gefallen, die alles übertreffen, was sich in der Geschichte je an organisierter Kriminalität gezeigt hat.“*

3.3 Wahlkampf

Wie schon bei früheren Wahlen versuchte die NPD durch einen aktionsbetonten Wahlkampf ihren Bekanntheitsgrad zu steigern. Um den Kern der politischen Botschaft im Wahlkampf effektiv vermitteln zu können, beschränkte sich die Partei auf drei Plakat- und acht Aufklebermotive. Die drei ausgewählten Plakatbotschaften lauteten: *„Deutschland uns Deutschen!“*, *„D-Mark statt TEURO!“* und *„1000 D-Mark Kindergeld für Deutsche!“*. Bei den Aufklebern wurden noch folgende NPD-Forderungen berücksichtigt: *„Arbeitsplätze statt Globalisierung“*, *„Korruption? Nicht mit uns!“*, *„Unser Programm: Deutschland“*, *„Frieden statt US-Kriege!“* und *„Sicherheit, Recht und Ordnung!“*. Neben dem Kurzprogramm wurde das Verteilmaterial angereichert durch Flugblätter zum Thema *„Arbeitsplätze statt Globalisierung“*, in dem ein fiktives Gespräch zwischen *„Unternehmer“* und *„Gewerkschafter“* wiedergegeben wird, zum Thema *„Repression und Gewalt – Den Unterdrückern die rote Karte zeigen“* sowie mit einem Szenario *„Das passiert, wenn die NPD regiert ...“*. In einem weiteren, im DIN-A 6-Format gefalteten Flugblatt wurden die *„acht wichtigsten Gründe, NPD zu wählen“*, aufgelistet. Zur Finanzierung des Wahlkampfes wurde wiederholt zu Spenden aufgerufen. Jeder sollte sich der Bedeutung bewusst sein, die sein Opfer für die *„Befreiung unseres Vaterlandes vom Joch des Kapitals und der Fremdherrschaft“* habe und seinen Kampfbeitrag leisten.

Neben den klassischen Wahlkampfmitteln wie Flugblätter, Aufkleber, Plakate, Rundfunk- und Fernsehspots wollte die NPD in der heißen Phase des Wahlkampfes – ähnlich wie 1969 - eine *„Deutschlandfahrt“* mit ihrem Parteivorsitzenden Udo VOIGT und ihrem Prozessvertreter Horst MAHLER in über 40 Großstädten durchführen. Diese Planung wurde durch den Auszahlungsstopp des Bundestagspräsidenten jedoch hinfällig. Nachdem sich die finanzielle Lage durch die Freigabe der Abschlagszahlungen allerdings wieder etwas

entspannt hatte, veranstaltete die NPD kleinere Wahlkampftouren mit ihrem Vorsitzenden in Mecklenburg-Vorpommern – dort fand zeitgleich die Landtagswahl statt - sowie in Hessen und Sachsen. Die meisten Wahlkampfauftritte in Hessen wurden von jeweils mehreren hundert politischen Gegnern aus dem linksextremistischen Spektrum gestört. Auch vor Brandanschlägen wurde nicht Halt gemacht: Am 28.08.2002 schleuderte in Darmstadt ein Mann aus einem vorbeifahrenden Fahrzeug einen Molotow-Cocktail in Richtung des Fahrzeugs von VOIGT. Der Brandsatz verfehlte sein Ziel nur knapp. Die Polizei konnte die beiden Fahrzeuginsassen kurz darauf festnehmen. Ihr Ziel erreichten dagegen unbekannte Täter, die in der Nacht zum 13.09.2002 in Berlin ein auf dem Gelände der Bundesgeschäftsstelle abgestelltes Auto eines NPD-Mitarbeiters anzündeten. Das Fahrzeug brannte vollständig aus.

Ein weiteres wichtiges Element im Wahlkampfkonzept der NPD waren Demonstrationen. In den letzten vier Wochen vor der Wahl führte die NPD eine Reihe von Versammlungen in Bremen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen durch, an denen zwischen 20 und 130 Personen teilnahmen. Einige wurden jedoch, wie am 14.09.2002 in Freiburg, durch Gegendemonstrationen verhindert oder aufgrund des erwarteten Widerstandes abgesagt.

Wert legten die Wahlkampfstrategen der NPD weiterhin auf die Mobilisierung persönlicher Ressourcen, d.h. auf die Nutzung persönlicher Kontakte. Im Parteiorgan „*Deutsche Stimme*“ (DS) wurde u.a. angeregt, hierzu auch verstärkt das „*Weltnetz*“ einzusetzen. Dieses sei ein gutes und kostengünstiges Transportmedium für Werbemittel, die leicht abgerufen, ausgedruckt und gezielt weitergereicht werden könnten. Um Zielgruppen zu erreichen, die nicht zum persönlichen Bekanntenkreis gehören, könnten Diskussionsforen und Gästebücher im Internet genutzt werden, auf die sich problemlos aktuelle Mitteilungen von der Internetseite der NPD kopieren ließen. Darüber hinaus sollten zur Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit phantasievolle Aktionen, wie das überraschende Entrollen von Transparenten im Rahmen großer öffentlicher Ereignisse, entwickelt werden.

Nach den Planungen von NPD-Generalsekretär EIGENFELD war für den Hamburger Landesverband die Lieferung von 200 Plakaten mit den Aussagen „*Deutschland uns Deutschen!*“, „*1.000 D-Mark Kindergeld für Deutsche!*“ und „*D-Mark statt Teuro!*“ sowie von 40.000 Faltblättern mit dem Kurzprogramm „*Zukunft und Arbeit*“ vorgesehen. Die Wahlkampfaktivitäten der Hamburger NPD-Anhänger beschränkten sich in der heißen

Wahlkampfphase auf die Verteilung von Flugblättern und Aufklebern sowie die Durchführung einiger weniger Infotische.

3.4 NPD-Wahlergebnis und Bewertung

NPD	Direktkandidaturen		Landesliste	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
HH-Mitte	1.295	0,7 %	489	0,3 %
HH-Altona	648	0,5 %	251	0,2 %
HH-Eimsbüttel	n. k.	n. k.	154	0,1 %
HH-Nord	n. k.	n. k.	177	0,1 %
HH-Wandsbek	1.078	0,6 %	426	0,3 %
HH-Bergedorf-Harburg	1.119	0,7 %	452	0,3 %
Gesamt	4.140	0,4 %	1.949	0,2 %

n.k. = nicht kandidiert

Die NPD hat mit ihrem Ergebnis von bundesweit 0,4% ihre beiden Wahlziele klar verfehlt. Da die Partei unter der 0,5%-Marke blieb, wird sie keine Kostenerstattung für ihren Bundestagswahlkampf erhalten. Ihrem Anspruch, sich als stärkste parteipolitische Kraft des „nationalen Lagers“ zu etablieren, wurde sie ebenfalls nicht gerecht. Sie blieb 0,2 Prozentpunkte hinter den REP zurück. Obwohl es der NPD im Nachhinein sicher nicht schwer fallen wird, die Schuld für diese Niederlage damit zu begründen, dass sie staatlicher Repression und massiven Wahlkampfbehinderungen ausgesetzt gewesen sei, dürfte dieses Ergebnis viele Mitglieder und Anhänger enttäuscht haben und für Diskussionen über die möglichen Ursachen sorgen. Die NPD hat es trotz der Schwäche der REP und dem Wahlverzicht der DVU nicht vermocht, deren bisherige Wähler auch nur ansatzweise für sich zu mobilisieren. REP und DVU hatten 1998 zusammen immerhin 3% erreicht. Für die NPD bleibt daher die Frage zu beantworten, ob dieses Manko tatsächlich nur ihrer organisatorischen Schwäche geschuldet ist oder ob die Partei mit ihrem kompromisslosen systemoppositionellen Kurs ihr Wählerreservoir tatsächlich ausgeschöpft hat. Für Letzteres spricht zum einen, dass sie besser als die REP aufgestellt war und vor allem im Osten einen sehr stark aktionsbetonten Wahlkampf geführt hat und somit auch im Wahlkampf stärker wahrgenommen wurde als die REP. In Brandenburg – dort waren die REP nicht angetreten – erzielte sie ihr Spitzenergebnis von 1,5%, in

Sachsen kam sie – wie bereits bei der Landtagswahl 1999 - auf 1,4%. Neben Brandenburg und Sachsen-Anhalt – auch dort standen die REP nicht zur Wahl – erreichte die NPD in sieben weiteren Bundesländern bessere Ergebnisse als die REP. Zum anderen ist es der NPD seit 1990 nie gelungen, bundesweit mehr als 0,4% der Stimmen zu erringen – auch nicht unter ihrem seit 1996 amtierenden Parteivorsitzenden Udo VOIGT.

In Hamburg ergab sich ein zweigeteiltes Bild: Bei den Erststimmen erreichte die NPD 0,4%, bei den Zweitstimmen jedoch nur 0,2%. Gegenüber 1998 verbesserte sie damit zwar ihr Zweitstimmenergebnis um 0,1 Prozentpunkte, allerdings schnitt die Partei nur noch in Bayern und in Nordrhein-Westfalen so schlecht ab wie Hamburg.

4. „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)



4.1 Ausgangssituation und Wahlvorbereitung

In realistischer Einschätzung ihrer organisatorischen und personellen Möglichkeiten verzichtete die DKP bei der Bundestagswahl auf die Aufstellung von Landeslisten und beschränkte sich auf die Aufstellung von insgesamt 15 Direktkandidaten in sechs Bundesländern. Eine mögliche Öffnung der PDS-Listen für DKP-Kandidaten wurde als unrealistisch betrachtet und wegen inhaltlicher Differenzen auch offen abgelehnt. Die gegenwärtige Politik der PDS, insbesondere ihre angebliche Abkehr von einem konsequenten Anti-Kriegskurs, wird von der DKP scharf kritisiert. Gleichwohl gab es einzelne PDS-Kandidaten, die von der DKP aufgrund ihres konsequenten Eintretens „für Friedens- und Sozialpolitik sowie für die Erweiterung demokratischer Rechte“ unterstützt wurden.

In Hamburg beschloss die Wahlkonferenz der DKP am 24.04.2002, in drei Wahlkreisen mit Direktkandidaten anzutreten: in Hamburg-Mitte, Hamburg-Nord und – zum ersten Mal seit 1991 - in Hamburg-Wandsbek. Für den Wahlkreis Hamburg-Mitte kandidierte Tina SANDERS (21), die im April 2002 zur Bundesvorsitzenden der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) wiedergewählt worden war. In Hamburg-Nord trat der DKP-Bezirksvorsitzende Olaf HARMS (41) an und in Wandsbek sein Stellvertreter Dirk WILKE (40). Die Sammlung der Unterstützungsunterschriften gestaltete sich auch für die DKP äußerst schwierig. Für den Wahlkreis Wandsbek wurden die letzten Unterschriften erst in buchstäblich letzter Minute vorgelegt.

4.2 Wahlziele und Wahlaussagen

In ihren „Forderungen zur Bundestagswahl“ behauptete die DKP, dass die in Deutschland lebenden Menschen einen grundlegenden Politikwechsel bräuchten. Nötig sei die Durchsetzung einer völlig anderen Politik, die an den friedenspolitischen, sozialen, demokratischen und ökologischen Grundinteressen der großen Mehrheit der Menschen ausgerichtet sei. Aus der Sicht der DKP könnten folgende Hauptforderungen – wenn sie denn Aktionen und Bewegungen auslösten und entfachten – einen solchen Politikwechsel auslösen. Erstens: Rückzug der Bundeswehr aus dem Ausland sowie der Verzicht des Einsatzes deutscher Militäreinheiten außerhalb der deutschen Grenzen. Zweitens: die strikte Konzentration auf den deutlichen Abbau der Massenarbeitslosigkeit mit dem Ziel

der langfristigen Verwirklichung des „Rechts auf Arbeit“. Drittens müssten zur Finanzierung einer wirkungsvollen Beschäftigungspolitik und von fortschrittlichen sozial- und gesellschaftspolitischen Reformen, neben den Einsparungen von Militärausgaben und „*anderen unnützen parasitären Ausgaben (Prunkbauten, Regierungspropaganda, Geheimdienste, u.a.)*“ (Schreibweise w.i.O.), die Milliarden Gewinne des Konzern- und Finanzkapitals stärker herangezogen werden. Und viertens gehe es um die Verteidigung der Demokratie und der individuellen Freiheitsrechte gegen die Tendenz der Uniformierung der Bundesrepublik Deutschland zu einem autoritären Überwachungs- und Polizeistaat. Diese Tendenz hätte sich in letzter Zeit erheblich verstärkt.

In ihrer Stellungnahme, warum sie für die DKP kandidiere, gab Tina SANDERS (Wahlkreis Hamburg-Mitte) u.a. an, die Politik der etablierten Parteien entspreche nicht den Interessen der Menschen, insbesondere nicht mehr der jungen Menschen. Das Bildungssystem müsse verändert werden und dürfe sich nicht mehr an den „*Verwertungsinteressen der Unternehmen*“ orientieren. Olaf HARMS kritisierte in seinem Beitrag u.a., dass sich die „*Angriffe der Herrschenden*“ derzeit in erster Linie gegen die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung richteten, während die Politik Milliarden für Rüstung und Krieg ausbehalte und den Großkonzernen in den Rachen werfe. Gesundheit werde zum Luxus, den sich immer weniger leisten könnten. Die DKP stelle sich konsequent gegen die „*Zerschlagung*“ des Gesundheitswesens. Gegen die „*Unterwerfung aller sozialen Bereiche unter die Profitlogik*“ sei Widerstand notwendig. Dirk WILKE stellte in seinem Wahlauftritt fest, dass der Regierungswechsel 1998 für die Menschen in Deutschland nichts Positives gebracht hätte – ganz im Gegenteil. Auch in Hamburg hätte zunächst ein SPD/Grünen-Senat die Weichen auf Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben gestellt. Diese sozialfeindliche Politik sei vom neuen Senat konsequent übernommen und fortgeführt worden.

4.3 Wahlkampf

Zu den üblichen Wahlkampfaktivitäten, auf die sich die DKP beschränkte, gehörte die Verteilung von Flugblättern und Zeitungen und die Aufstellung von Wahlplakaten. Zentrale Aktionstage mit zentralen Infoständen sollten die Aufmerksamkeit der Wähler auf die DKP lenken. Am 30.08.2002 führte die Hamburger DKP eine „*Antikriegsveranstaltung*“ mit dem US-amerikanischen Folksänger David ROVICS und der Hamburger Gruppe „*Rotdorn*“ durch. Integriert in die Veranstaltung war auch eine „*Talkrunde*“ mit den drei Hamburger Direktkandidaten. Diese als Höhepunkt des Wahlkampfes aus-

gegebene Veranstaltung sollte vor allem politisch wie kulturell Außenstehende ansprechen. Für den 03.09.2002 wurde ebenfalls auf der Internetseite der Hamburger DKP eine Veranstaltung der DKP Wandsbek und Hamburg-Nord im „Bürgerhaus“ in Barmbek zur Gesundheitspolitik angekündigt. Titel: „Weil du arm bist, musst du früher sterben?“



SDAJ-Transparent bei der Anti-Stoiber-Aktion am 05.09.2002 auf dem Gänsemarkt

Nicht mit uns!“. Gefordert wurde, die Privatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser zu verhindern. Für den 05.09.2002 wurde dazu aufgerufen, eine Wahlkampfveranstaltung mit dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, Edmund STOIBER, auf dem Gänsemarkt zu besuchen – unter dem Motto „Zeit für Taten - Stoiber verhindern“.

4.4 DKP-Wahlergebnis und Bewertung

DKP	Direktkandidaturen		Landesliste	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
HH-Mitte	411	0,2 %	n. k.	n. k.
HH-Altona	n. k.	n. k. ³	n. k.	n. k.
HH-Eimsbüttel	n. k.	n. k.	n. k.	n. k.
HH-Nord	199	0,1 %	n. k.	n. k.
HH-Wandsbek	192	0,1 %	n. k.	n. k.
HH-Bergedorf-Harburg	n. k.	n. k.	n. k.	n. k.
Gesamt	802	0,1 %	n. k.	n. k.

n.k. = nicht kandidiert

Die DKP erreichte mit ihren drei Direktkandidaturen lediglich 0,1% der Erststimmen (802 Stimmen). Bei der Bundestagswahl 1998 war sie nur im Wahlkreis Eimsbüttel mit einem Direktkandidaten angetreten und hatte 574 Stimmen (0,1%) erzielt. Hoffnungen auf einen über dieses Niveau hinausgehenden Achtungserfolg waren mit der Wahlteilnahme

³ Im Wahlkreis Altona kandidierte eine Einzelbewerberin der SAV. Sie erhielt 571 Stimmen (0,4%)

nicht verknüpft. Sie diene in erster Linie dazu, die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren und zu aktivieren und den Parteienstatus der DKP zu festigen.

5. Anhang

Wahl zum 15. Deutschen Bundestag 2002 Stimmenanteile der extremistischen Parteien im Überblick

Wahlkreis	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	REP		NPD		DKP	
			Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen
HH-Mitte	243.210	183.315 (75,4%)	n. k.	282 (0,2%)	1.295 (0,7%)	489 (0,3%)	411 (0,2%)	n. k.
HH-Altona	168.859	137.544 (81,5%)	n. k.	116 (0,1%)	648 (0,5%)	251 (0,2%)	n. k. ⁴	n. k.
HH-Eimsbüttel	180.596	149.634 (82,9%)	n. k.	122 (0,1%)	n. k.	154 (0,1%)	n. k.	n. k.
HH-Nord	201.193	170.027 (84,5%)	n. k.	173 (0,1%)	n. k.	177 (0,1%)	199 (0,1%)	n. k.
HH-Wandsbek	213.539	167.891 (78,6%)	n. k.	235 (0,1%)	1.078 (0,6%)	426 (0,3%)	192 (0,1%)	n. k.
HH-Bergedorf-Harburg	214.318	164.672 (76,8%)	n. k.	273 (0,2%)	1.119 (0,7%)	452 (0,3%)	n. k.	n. k.
HH Gesamt	1.221.715	973.083 (79,6%)	n. k.	1.201 (0,1%)	4.140 (0,4%)	1.949 (0,2%)	802 (0,1%)	n. k.
Bundesgebiet	61.388.671	48.574.607 (79,1%)	55.864 (0,1%)	280.735 (0,6%)	102.914 (0,2%)	214.872 (0,4%)	3.923 (0,0%)	n. k.

n.k. = nicht kandidiert

⁴ Im Wahlkreis Altona kandidierte eine Einzelbewerberin der „Sozialistischen Alternative Voran“ (SAV). Sie erhielt 571 Stimmen (0,4%).

Kandidaturen und Wahlergebnisse der rechtsextremistischen Parteien

DVU, REP und NPD seit 1990

Wahl	REP		DVU		NPD	
	Bund	Hamburg	Bund	Hamburg	Bund	Hamburg
BTW 1990	2,1 %	1,7 %	-	-	0,3 %	0,3 %
BüW 1991	n. k.	1,2 %	-	-	n. k.	- *)
BüW 1993	n. k.	4,8 %	n. k.	2,8 %	-	-
EPW 1994	3,9 %	3,1 %	-	-	0,2 %	0,2 %
BTW 1994	1,9 %	1,7 %	-	-	-	-
BüW 1997	n. k.	1,8 %	n. k.	4,9 %	n. k.	0,1 %
BTW 1998	1,8 %	0,6 %	1,2 %	2,1 %	0,3 %	0,1 %
EPW 1999	1,7 %	1,0 %	-	-	0,4 %	0,3 %
BüW 2001	n. k.	0,1 %	n. k.	0,7 %	n. k.	- **)
BTW 2002	0,6 %	0,1 %	-	-	0,4 %	0,2 %

n. k. = nicht kandidiert

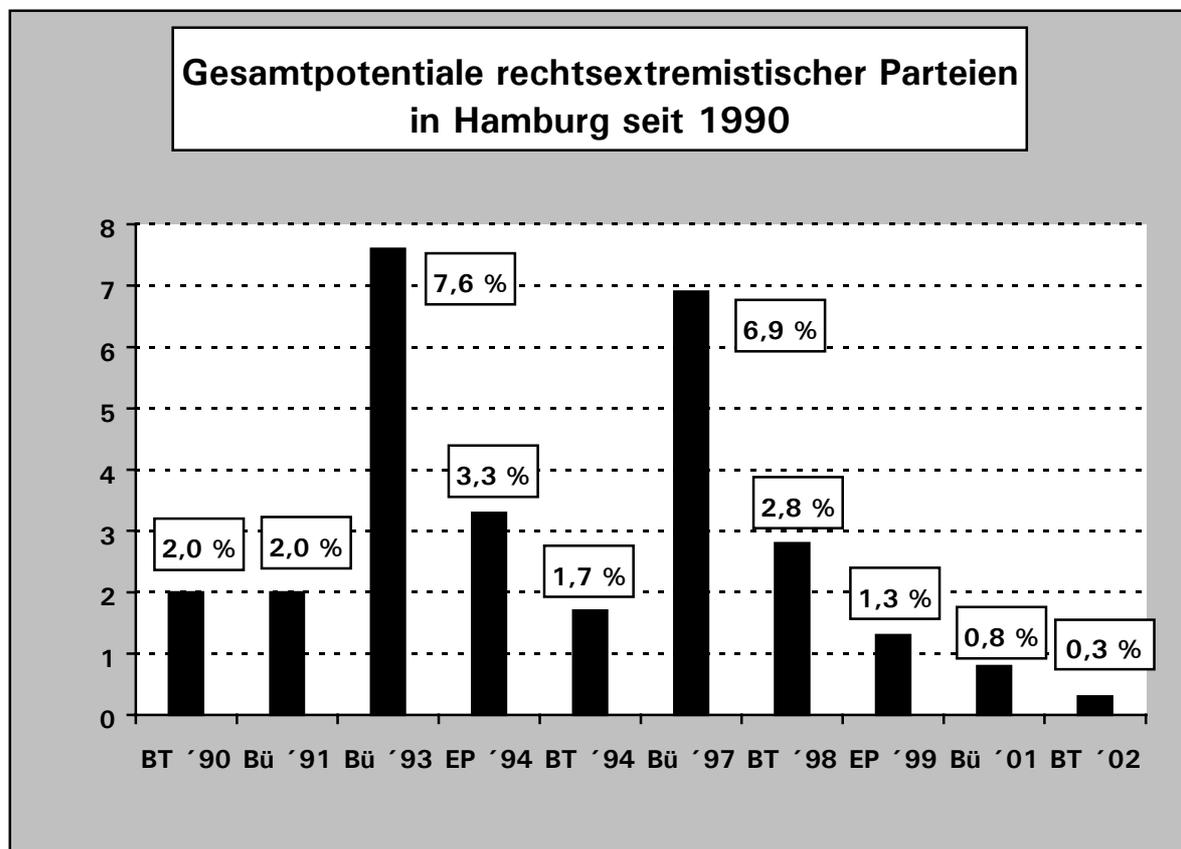
BTW = Bundestagswahl

BüW = Bürgerschaftswahl

EPW = Europa-Wahl

*) Statt der NPD nahm die HLA teil

**) Die NPD nahm nur an den Wahlen zu den Bezirksversammlungen teil – außer in Bergedorf



Wahlergebnisse von REP und NPD seit 1998

Wahl	REP	NPD
Bundestagswahl 1998	1,8%	0,3%
Hessen 1999	2,7%	0,2%
Europawahl 1999	1,7%	0,4%
Saarland 1999	1,3%	n. k.
Brandenburg 1999	n. k.	0,7%
Thüringen 1999	0,8% *	0,2%
Sachsen 1999	1,5%	1,4%
Berlin 1999	2,7%	0,8%
Schleswig-Holstein 2000	n. k.	1,0%
Nordrhein-Westfalen 2000	1,1%	0,0%
Baden-Württemberg 2001	4,4%	0,2%
Rheinland-Pfalz 2001	2,4%	0,5%
Hamburg 2001	0,1%	n. k.
Sachsen-Anhalt 2001	n. k.	n. k.
Bundestagswahl 2002	0,6%	0,4%

n.k. = nicht kandidiert